



## Beschlussvorlage öffentlich

Einreicher: CDU-Fraktion  
Drucksachen-Nr.: KT/BV/560/2023  
Einreichung: 01.12.2023

Beratungsfolge	Termin	TOP
Kreistag	26.02.2024	

### **Betr.:**

Antrag der CDU-Fraktion: Antrag auf Einführung der Bezahlkarte statt Bargeld für Asylsuchende im Unstrut-Hainich-Kreis

### **Der Kreistag möge beschließen:**

Der Unstrut-Hainich-Kreis schließt sich der Initiative des Landkreises Greiz, des Saale-Orla-Kreises und Landkreis Saalfeld-Rudolstadt an und ersetzt Bargeldzahlungen an Asylsuchende durch eine Bezahlkarte.

### **Begründung:**

Nach einem Bericht des Landratsamtes in Schleiz wollen sich der Saale-Orla-Kreis dem Landkreis Greiz anschließen (Radiomeldung vom 01.12.2023) und Bargeldzahlungen an Asylsuchende durch eine Bezahlkarte ersetzen. Diesem Vorbild sollte der Unstrut-Hainich-Kreis schnellst möglich folgen und eine Bezahlkarte anstelle von Bargeld einführen, damit Asylsuchende so ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Ziel der Umstellung ist es einerseits, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren, der etwa mit der zumeist monatlichen Bargeldauszahlung im Landratsamt einhergeht. Andererseits soll es darum gehen, einer möglichen Zweckentfremdung der Sozialleistungen durch Asylsuchende vorzubeugen.

Mit der technisch limitierten Bezahlkarte sollen sich die Asylsuchenden versorgen und Dinge des täglichen Bedarfs erledigen können. Funktionen wie Bargeldauszahlungen oder Auslandsüberweisungen sollen jedoch gesperrt sein.

Zunke - Anhalt  
Fraktionsvorsitzender

**Anlagen:**

- Vorlage wurde ohne / mit Änderung zum Beschluss erhoben
- Vorlage wurde abgelehnt
- Vorlage wurde zurückgezogen

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:

Nein:

Enthaltungen: